

Wolfgang Kleindienst; 07381 Pöbneck; Kastanienallee 4a;

Tel. 03647 423223; Firma: 03641 694777;

Funk 0151 16160108; E-Mail: w.kleindienst@t-online.de

Leserbrief zu OTZ 06.10.08 „Streitobjekt Abwasser“

Wenn sich Bürgermeister gegen das Volk stellen, werden sie und ihre Parteien oder Wählervereinigungen abgewählt. Das sollten alle Zweckverbände wissen, welche gegen die Abschaffung der „Zwangsbeiträge“ beim Wasser klagen. Politische Turbulenzen werden mit der Klage wieder herbeibeschworen. Es entsteht auch der Eindruck, dass es der Landesregierung recht ist. Denn so könnte man sich hinter einem Gerichtsurteil verstecken, um den 2004 von Bürgerinitiativen im Landeshwahlkampf erreichten Erfolg wieder rückgängig zu machen, vielleicht um Zinsen zu sparen. Warum der Zweckverband Orla klagt, wenn nach der Abschaffung der Zwangsbeiträge die Gebühren laut ZV konstant geblieben sind, weiß er wohl selbst nicht. Warum man unter „konstant“ eine Steigerung der Verbrauchsgebühren seit 1996 um 12 % und der Grundgebühren um 475 % versteht, liegt vielleicht an dem Vergleich zu anderen „konstanten Steigerungen“ unseres täglichen Lebensbedarfs. Die Löhne der Mitarbeiter sind garantiert nicht Schuld daran. Diese Wortwahl hat sicherlich politische und nicht wirtschaftliche Gründe. Fakt ist, dass alle Kritiker, die damals eine Steigerung der Wassergebühr um ein Mehrfaches vorausgesagt hatten, unrecht hatten. Natürlich werden öffentliche Einrichtungen, wie die Wasserversorgung keinen Gewinn machen. Hierbei geht es um ein wertvolles Gut, was vor Profitgier und Privatisierung geschützt werden muss, gerade in Zeiten von Finanzkrisen. Damit der Bürger immer bezahlbares Wasser in einer guten Qualität geliefert bekommt, sind auch Steuergelder für Investitionen notwendig. Steuergelder für Fehlentscheidungen der Wasser- und Abwasserverbände dürfen jedoch nicht verschwendet werden. Es wäre deshalb besser gewesen, wenn sich die Zweckverbände einmal selbst angezeigt hätten, um ihr Fehlverhalten seit 1990 zu klären. So könnte man auch das Vertrauen in die Gewaltenteilung der BRD verbessern. Mit den Landtags- und Kommunalwahlen 2009 muss es endlich zu politischen Mehrheiten kommen, die gewillt sind „Zwangsbeiträge“ abzuschaffen, um für die Dienstleistung Wasser und Abwasser nachvollziehbare und verträgliche Gebühren zu bezahlen. Wir selbst, Grundstückseigentümer und Mieter, haben es mit dem Stimmzettel in der Hand, CDU, SPD und FDP abzuwählen, wenn sie weiterhin für „Zwangsbeiträge“ beim Abwasser und Straßenausbau sind. So könnte ein politischer Wettbewerb wenigstens das Vertrauen in eine zweifelhafte soziale Marktwirtschaft stärken. Sie hätte es dringend notwendig. Mit der Klage gegen die Abschaffung der „Zwangsbeiträge“ wird die Scheinheiligkeit der Politik verschiedener Verbandsräte deutlich. Arroganz und Willkür müssen beendet werden, wenn man das Vertrauensverhältnis gegenüber Kunden und Bürgern verbessern möchte. Liebe Verbandsräte, schön stabil bleiben und nicht jede Misstimmung im Keim ertränken. Kritik und Vorschläge können auch von Nutzen sein.

Wolfgang Kleindienst
Pöbneck